

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

4.12.1925 (No. 282)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Erpedition  
Karlsruher  
Zeitung  
Nr. 953  
und 954  
Postfach  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger  
Chefredakteur  
E. Kneub.  
Karlsruhe.

Preis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kostenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Kaiserstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konfuzionsverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen anderer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Wirtschaftliche Umschau

Bei der Erörterung volkswirtschaftlicher Probleme wird man sich jederzeit gegenwärtig halten müssen, daß die Zahl der anscheinend für immer geltenden Maximen recht beschränkt ist und daß sich die Postulate hier wie kaum auf einem andern Gebiet dauernd nach den jeweiligen Verhältnissen verändern müssen. Außerdem ist ihre Formulierung meist nicht einfach, gerade in unseren gegenwärtigen so komplizierten Verhältnissen, und das Gefährlichste ist Verallgemeinerung. Wer Erfordernisse der Volkswirtschaft, also solche, die für die Wirtschaft des gesamten Volkes dienlich sein sollen, ausspricht, wird dies in den seltensten Fällen mit einigen wenigen Worten tun können. Wenn es z. B. ausgesprochen wird, daß ein großer Teil der Beamten, Angestellten und Arbeiter eben nicht mehr so gut wird leben können wie in der Vorkriegszeit, ist das richtig, aber nur bedingt; denn derjenige, der heute wesentlich mehr und besseres leistet als damals, kann auch, selbst den Reallohn angenommen, ein besseres Einkommen beanspruchen als er es in der Vorkriegszeit hatte. Nicht freilich der, welcher ebensoviel oder noch weniger leistet. Das trägt einfach unsere Volkswirtschaft nicht, und es ist kein Zweifel, daß durch viele der heutigen schematischen Kollektivverträge für große Berufsgruppen das wichtigste, das Leistungsprinzip und demgemäß gerade die Tüchtigen hintangeführt werden und ihnen damit der Ansporn genommen wird, ihr Können in die Lat umzuwickeln. Sinngemäß übertragen gilt das nicht nur für den Festbesoldeten und Arbeitnehmer, sondern auch für alle Freischaffenden und natürl. auch für den Gewerbetreibenden, Industriellen und Kaufmann. Der Handel bestreitet nicht, daß die Verdienstsprünge zwischen Erzeuger und Verbraucher durchschnittlich höher ist als in der Vorkriegszeit, wobei allerdings auch der gesunkene Realwert des Geldes in Betracht kommt, ebenso die höhere Belastung des Handels. Eine weitere Ursache dieser Erscheinung liegt aber zweifellos in der Überfremdung, d. h. in der geringeren effektiven Leistung des einzelnen Handeltreibenden beim Prozeß der Warenverteilung, die logischerweise bei an und für sich schon gesunkenem Gesamtumsatz und Gewinn für den einzelnen noch mehr beschränken müßte. Daß sich die Konkurrenz nicht voll auswirkt, liegt einmal an den tatsächlichen und den stillschweigenden Preisvereinbarungen, noch mehr aber möglicherweise an dem allgemeinen Kapitalmangel und dem Mangel an eigenem Kapital, unter dem auch etwa unternehmungslustige Handelstreibende leiden. Auch die Industrie vertritt den Standpunkt, daß nur bei Mehrleistung Mehrverdienst möglich (und natürlich auch berechtigt) ist. Sie sucht heute diese Mehrleistung durch Rationalisierung herbeizuführen.

Ähnlich steht es mit der Forderung, das deutsche Volk müsse sparsamer leben. Diese Forderung basiert hauptsächlich darauf, daß die Kapitalsammlung dringend notwendig ist und Deutschland in erster Linie aus eigenen Kräften der Kapitalnot entgegenarbeiten müsse. Schon heute zeigt es sich bei einigem Überlegen, daß es der deutschen Gesamtwirtschaft zunächst darauf ankommen muß, das deutsche Kapital im Lande zu erhalten, und die Ausgabe für Luxus- und reine Genussartikel, welche aus dem Ausland kommen, einzuschränken, des weiteren auch, das deutsche Kapital vor allem durch Abfluß nach dem Ausland zu vermehren. Wer sich bemüht, durch Mehrleistung mehr zu verdienen, kann in Inlandwaren ohne Gefahr, im Gegenteil nur mit Nutzen für die Volkswirtschaft mehr konsumieren. Als Inlandwaren können wir in diesem Fall getrost solche betrachten, die zum stark überwiegenen Teil inländische Arbeit sind. Sparfamkeit und Luxus sind relative Begriffe, sie richten sich nach den jeweiligen Verhältnissen. Es gibt manchen „Luxus“, der vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, nicht bekämpft werden kann, besonders wenn dadurch das heimische Gewerbe und die heimische Qualitätsarbeit Beschäftigung finden, so an Kapital, Erfahrungen und Unternehmungslust gewinnen, um auch auf dem Auslandsmarkt sich auszubringen. Überdies wird dadurch der deutsche Qualitätsarbeiter, der am ehesten im Ausland Unterkunft findet, von der Auswanderung bewahrt. In der Industriefachpresse wurde auch bereits verschiedentlich darauf hingewiesen, daß wenn alle sparen und alle sich aufs äußerste einschränken würden, der Beschäftigungsgrad noch mehr leiden müßte.

Denn vorerst wird dadurch in der Hauptsache nur kurzfristiges Reiskapital verfügbar, an dem zur Zeit kein Mangel herrscht. Solches Kapital aber kann der Unternehmer nur aufs vorzüglichste verwenden, im Gegensatz zu den eigenen Kapitalien, deren Neubildung gerade unter den heutigen schwierigen Umständen freilich nur sehr langsam vor sich geht. Hier liegt auch ein Hindernis des Preisabbaus, denn das Fehlen des eigenen Kapitals verursacht Schulden und belastet mit Zinsen, hält vor allem aber vor großzügigen Unternehmungen ab und hindert an der Annahme des Grundsatzes „Großer Umsatz, großer Nutzen“.

Unter der schweren Krise der deutschen Wirtschaft, die ja gegenwärtig als eine ausgesprochene Absatzkrise anzusehen ist, leidet auch die Landwirtschaft, und zwar stärker noch als die bäuerlichen Wirtschaften, der getreidebauende östliche Großgrundbesitz. Von Reichsseite ist dieser Tage eine Hilfsaktion angekündigt worden, durch welche die in Liquidation befindliche Reichsgetreidestelle wieder in Funktion treten und 200 000 Tonnen inländisches Getreide aus dem Markt nehmen soll, um dadurch den Getreidepreis zu erhöhen. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß der Preis für Inlandroggen niedriger als der auf dem Weltmarkt sei. Die Reichsgetreidestelle soll einen derartigen Bestand wohl solange festhalten, bis eine bessere Absatzlage eingetreten ist.

Zumal jedoch anzunehmen ist, daß dieser Plan eine Summe von 35 bis 40 Millionen erfordert, die in der Hauptsache dem östlichen Großgrundbesitz, nicht den bäuerlichen Wirtschaften des Südens und Westens, zugute kommen würde, werden dagegen erhebliche Bedenken erhoben. Diese riesige Summe solle dazu dienen, zahlreiche Großlandwirtschaftsbetriebe, die nicht mehr zu retten seien, künstlich zu halten, und es werde praktisch doch nur für kurze Zeit ein Aufschub einer Entwicklung zustandegebracht, die sich schließlich dahin gehe, daß selbst von den gut geleiteten Großbetrieben, wie eben auch die Industrie, viele sich auf eine kleinere, ihrer Kapitalverhältnissen angemessene Basis zurückziehen müßten, während die zum Teil von Nichtlandwirten in der Infation aufgekauften Güter sowie seit langem in der Verwahrlosung rückständige Güter auch vom Staat künstlich ihren Besitzern nicht gehalten werden könnten. Dafür könne aber für diese großen Summen eine zielbewusste großzügige Bauernkolonisation in den großen, durch Abwanderung in die Städte des Westens auch heute noch menschenärmer werdenden Ostgebieten betrieben werden. Natürlich können hierfür nur Landwirte in Betracht, denn wer einmal vom Land in die Stadt gezogen und zur Industrie gegangen ist, ist für eine erfolgreiche Kolonisation nur in den seltensten Fällen noch geeignet. Der Bauernstand werde sich — so wird von dieser Seite argumentiert — bei geeigneter Förderung immer auf seiner Scholle halten, da der Ertrag des bäuerlichen Betriebs in erster Linie auf der persönlichen Arbeitskraft und Ländlichkeit beruht. Seine Lage ist auch relativ etwas besser als die des Großgrundbesitzes, was das gegenwärtige geradezu ungeheure Angebot auf dem Gütermarkt neben der erheblichen Überfremdung vieler Güter zeigt, während die Zahl der Verkaufsangebote von bäuerlichen Besitzungen erheblich geringer ist.

Was speziell die Lage der badischen bäuerlichen Betriebe anlangt, so hat sich gestern ja auch der Landtag damit beschäftigt. Wie der Innenminister mitteilte, steht die badische Regierung auf dem Standpunkt, daß ihnen billige Realkredite gegeben und die Mühlenbetriebe und Lagerhäuser in den Stand gesetzt werden sollen, wieder eine Vorratswirtschaft wie in der Vorkriegszeit zu betreiben. Dadurch werde am besten der störende Abfluß wieder in Fluß gebracht, der ja die Ursache dieser Schwierigkeiten in der Landwirtschaft ist. Einen in solcher Richtung gehenden Vorschlag wird Baden im Reichsrat machen.

Die deutsche Rentenbank hat am 30. November der Reichsbank mittels Scheck den Betrag von 193 Millionen Reichsmark überwiesen. Mit der Überweisung dieser wohl größten Summe, die in Deutschland auf einmal geschah, ist wieder eine wichtige Verpflichtung aus dem Dawes-Abkommen erfüllt. Um diesen Betrag vermindert sich der Umlauf an Rentenbankscheinen, die aus den

Beständen der Reichsbank entnommen und vernichtet werden. Bis zum 30. November mußte mindestens ein Drittel der seinerzeit gegebenen landwirtschaftlichen Kredite abgewickelt sein. Fällig waren 293 Millionen, wovon jedoch bereits im November 1924 100 Millionen von der Reichsbank zurückgezogen wurden. Von der Rentenbank waren 60 Millionen aus bereits hierfür aufgeschickten Mitteln entnommen. Von der Landwirtschaft mußten also die fehlenden 133 Millionen aufgebracht werden. Dabei werden nächstes Jahr wieder ein Drittel, also wieder 290 Millionen fällig. Bis 5. Dezember erhält die Landwirtschaft jedoch 92 Millionen amerikanische Kredite, womit allerdings das Kreditloch nicht zugestopft ist. Wenn trotzdem in diesem Jahr ernste Störungen vermieden wurden, so drängt sich doch die Frage auf, wie das im nächsten Jahr bei der viel höheren Summe geschehen soll. Eine Verteilung auf eine längere Anzahl von Jahren wäre dringend wünschenswert.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat in der Zentralauskunftung der Reichsbank mitgeteilt, daß eine Diskontherabsetzung nicht möglich sei (inzwischen ist der englische Bankdiskont um 1 Proz. erhöht), daß jedoch ein Abbau in der Kreditkontingenz eintrete. Dieser kann natürlich nicht so weit gehen, daß der notwendige Reinigungsprozeß in der Wirtschaft behindert wird. Man wird wohl die Bewegungsfreiheit der Banken, die ja heute in der Hauptsache nur über kurzfristige Gelder verfügen, dadurch verbessern, daß man ihnen mehr Mißgriffsmöglichkeiten auf die Reichsbank gibt, und so die aus Furcht vor Illiquidität dauernd entziehende Zurückhaltung der Banken vermindert. Die Reichsbank muß hier, schon um keine neuen preissteigernden Momente zu schaffen, behutsam vorgehen, zumal sich der Stand der Preise immer noch nicht entsprechend der sinkenden Wirtschaftskurve entwickelt hat.

Winterbeihilfe für die Beamten? Mehrere Mütter melden, daß sowohl in parlamentarischen Kreisen, als auch im Reichsfinanzministerium die Absicht bestehe, den Beamten angelehnt der Notlage namentlich der Notlage unter den unteren und mittleren Beamten am 15. Dezember ein Halbmonatsgehalt als einmalige Winterbeihilfe auszugeben. Dieser Zuschuß soll eine Abfindung bis zum 1. April 1926 darstellen. Ein dahingehender Vorschlag soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses des Reichstages vom Reichsfinanzministerium gemacht werden. — Aus der Liste der Ordensritter der französischen Ehrenlegion waren nach Ausbruch des Weltkrieges alle Deutschen, darunter auch Goethe, gestrichen worden. Wie die „Kreuzzeitung“ meldet, hat die französische Regierung in aller Stille die Streichung des Namens Goethe in die Ordensregister rückgängig gemacht.

Zentrale Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn. In dem am Donnerstag stattgefundenen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zur Beilegung der Lohnunterschiede in einer Reihe von Reichsbahnbezirken einigten sich die Parteien dahin, daß die Verhandlungen auf alle Bezirke ausgedehnt werden sollen. Die ersten Besprechungen zu einer allgemeinen Neuregelung der Lohnverhältnisse bei der Reichseisenbahn sollen am Montag im Hauptverwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft stattfinden.

Zur bevorstehenden Vermögenssteuererhebung. Angesichts der erheblichen Schwierigkeiten, die sich bei den Vorarbeiten zu der bis 15. 12. abzugebenden Vermögenssteuererklärung ergeben haben, sind die wirtschaftlichen Spitzenverbände in Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium eingetreten. In ihrem Vordergrund steht insbesondere die Unbilligkeit der Zugrundelegung der amtlich festgesetzten Steuerkurse im Hinblick auf den inzwischen auf allen Gebieten des Aktienmarktes eingetretenen Tiefstand. Die Verbände halten unter diesen Umständen eine Verlängerung der Frist zur Abgabe der Vermögenssteuererklärung für unbedingt geboten.

Neuer Sturz. Die polnische Währung, die sich nach dem Sturz Ende Juli vorübergehend auf den Goldstandard erholt hatte, zeigt neuerdings einen katastrophalen Sturz. Während der Sturz eigentlich dem Goldfranken gleichstehen soll — 81 Pfg., stand er am 1. Dezember auf 86 Pfennig (15. Juni 80,72). Durch ganz Polen geht eine heftige Teuerungswelle, die fast alle Artikel des täglichen Bedarfs umfaßt. In den Lebensmittelgeschäften werden die Waren mit einem Aufschlag von 50—100 Proz. verkauft. Die Sozialdemokraten fordern die Bekämpfung des Lebensmittelwuchers mit den allerhärtesten Mitteln, u. a. durch ein Getreideausfuhrverbot.

Aufhebung der Diktatur in Spanien. In Spanien ist immerpolitisch eine sensationelle Wendung eingetreten, indem das Land plötzlich wieder zu einer verfassungsmäßigen Regierung zurückgekehrt ist. Das Militär-Direktorium Primo de Rivera erklärte, seine Mission, die es am 13. September 1923 übernommen hatte, als abgeschlossen zu betrachten und hat den Entschluß gefaßt, dem König die Bildung eines Zivilkabinetts anzuzurufen. Präsident des neuen Kabinetts soll jedoch General Primo de Rivera bleiben. Von der Einberufung eines Parlaments ist noch nichts berichtet.

# Deutscher Reichstag

W.D. Berlin, 3. Dez.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Dr. Wirth (bei seiner Fraktion) eine Erklärung ab, in der er die gestrigen Angriffe des Abg. Henning (Woll.) gegen ihn zurückweist. Er weist auf seine Rede nach dem Rathenau-Mord hin, in der er das viel angegriffene Wort gesprochen habe: Der Feind steht rechts. Aus dem Zusammenhang ergebe sich klar, daß in diesem Falle die Führer der Nordsee gegen die republikanischen Führer gemeint waren. Dr. Wirth verliest dann Stellen aus einem Artikel, den vor dem Rathenau-Mord der völkische Abg. Henning mit der Unterschrift: König. Preuß. Major a. D. (Gesichter links) in der konservativen Monatschrift veröffentlicht hat. Darin wird der Rapallo-Vertrag als ein zwischen deutschen und russischen Juden abgeschlossenes Schachergeschäft mit der deutschen Ehre bezeichnet. Wenn jetzt, so schließt Dr. Wirth unter dem Beifall der Linken, die gesamte Rechte für Rapallo eintrete, so sei das die beste Sühne für das unschuldig vergossene Blut Rathenaus.

Die erste Beratung der demokratischen und kommunistischen Gesetzentwürfe über die Fürstenabfindung wird fortgesetzt.

Abg. Damppe (Deutsch-Hannover): Von der Bismarckschen Politik, bei der Entthronung und Enteignung der kurfürstlichen und hannoverschen Fürstenhäuser im Jahre 1866 gehe eine gerade Linie bis zur Entthronung der Fürstenhäuser 1918. 1918 wäre es vielleicht anders gekommen, wenn 1866 der monarchische Gedanke nicht einen so schweren Stoß erlitten hätte. Der Überweisung der Vorlage an den Ausschuss sei zuzustimmen. Unter keinen Umständen dürfe aber der Boden des Rechtes verlassen werden.

Abg. Dr. Kahl (D.P.): Meine Freunde verlangen, daß der hier erörterte Fall nur im Geiste der Gerechtigkeit gelöst werden kann. Das würde nicht möglich sein, wenn man den kommunistischen Antrag berücksichtigt. Die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser sei in einem Rechtsstaat ganz unmöglich. Wie ein Volk sich stellt zu seiner großen geschichtlichen Vergangenheit, das ist auch ein Stück seiner persönlichen Würde. Soweit es sich um Dinge handelt, die auf öffentlichen Rechten beruhen, soll daher bei der Fürstenabfindung auch nach unserer Meinung die Gerechtigkeit nicht nur zu tun haben. Gleichgültig aber, ob öffentlich rechtlich oder privatrechtlich, in keinem Falle darf die Frage zum Gegenstand politischer und damit parteipolitischer Erwägungen gemacht werden. Der in dem demokratischen Entwurf vorgesehene Weg ist mit demokratischen Prinzipien unvereinbar. Im Kreise meiner eigenen Freunde wurde die Anregung laut, vielleicht einem Reichsgericht die Prüfung der Abfindungsbedingungen zu übertragen. Wir werden mit aller Sachlichkeit die Frage im Rechtsausschuss prüfen.

Abg. Dr. Pfleger (Bayer. Volksp.): betont, es stehe außer Frage, daß die Annahme des demokratischen Entwurfes eine schwerwiegende Verfassungsänderung bedeuten würde.

Abg. Schröder-Medlenburg (Woll.): Die Abfindungsfrage hätte nach politischen Gesichtspunkten geregelt werden können, wenn nicht die Macher der Revolution von 1918 und die Schöpfer der Weimarer Verfassung die Heiligkeit des Eigentums proklamiert hätten. Allerdings muß man auch die Fürsten an den Verfassungssatz erinnern: Eigentum verpfändet!

Abg. Dr. Brecht (W. Vg.) betont, es drehe sich der Vergleich in Preußen rein um das Hausvermögen. Es handle sich bei dieser Frage nur darum, ob wir den bürgerlichen Rechtsboden beschreiten wollen oder nicht.

Abg. Brodau (D.) hält die Ansprüche der Fürsten für fremd in einer Zeit, in der Hunderttausende von Staatsbürgern entschädigungslos enteignet worden sind. Die Aussprüche hat ergeben, daß die Mehrheit des Hauses bereit ist, auf der Grundlage unseres Entwurfes im Rechtsausschuss nach einer Lösung zu suchen. Wir selbst wollen uns nicht auf jedes Wort des Entwurfes festlegen. Unbestreitbar ist der gegenwärtige Zustand unhaltbar, daß die Gerichte die Abfindungsfrage nach rein zivilrechtlichen Gesichtspunkten behandeln wollen. Das Land Thüringen würde bei einer solchen Regelung glatt ruiniert werden. Bismarck hat nach 1866 ausdrücklich betont, daß der Staat auch über privatrechtliche Ansprüche hinweggehen muß, wenn das öffentliche Interesse es erfordert. Dem Abg. Kahl erwidere ich: Das formale Recht auf die Spitze getrieben, wird zum allergrößten Unrecht an unserem verzarmten deutschen Volke, dem allein

## „Das Land Baden“

In der Bücherreihe „Deutsche Stadt — Deutsches Land“, die der Berliner Schriftsteller Erich Köhler seit einigen Jahren herausgibt (in der Deutschen Verlags-Gesellschaft, Berlin W. 9), ist soeben als Band X ein Werk über „Das Land Baden — Seine Entwicklung und seine Zukunft“ erschienen. Dieser erste einem süddeutschen Staat gewidmete Band, an dessen Zustandekommen eine Reihe der führenden Persönlichkeiten des Landes Baden und insbesondere das Staatsministerium selbst lebhaften Anteil genommen haben, präsentiert sich als ein umfangreiches, trefflich ausgestaltetes Werk, das in Ganzleinen in den Farben des Landes Baden gebunden und mit dem badischen Staatswappen geschmückt ist. Es ist dem Herausgeber, im wesentlichen wohl dank der Förderung des Staatsministeriums, auch in diesem Falle gelungen, die maßgebenden Persönlichkeiten des badischen Kulturlebens und der badischen Wirtschaft zu vereinigen, um ein Buch zu schaffen, das äußerlich und innerlich ein repräsentatives Dokument der im Lande Baden wirkenden Kräfte ist. Das Geleitwort hat Staatspräsident Prof. Dr. Willy Dillmann geschrieben. In einem Aufsatz „Der badische Geist“ untersucht er die besondere Stimmung des Badener Landes und ihre Bedeutung für den deutschen Geist in seiner Gesamtheit. Die soziologischen anthropologischen Ergänzungen zu diesem Geleitwort bedeutet ein Aufsatz „Der badische Mensch“ von Prof. Dr. Eugen Fischer. Unter den Arbeiten, die allgemeine Themen aus dem Gebiete des Landes Baden behandeln, sind die historischen Aufsätze „Baden und das Reich“ von Prof. Dr. Willy Andreas und „Die badische Pfalz“ von Prof. Dr. Friedr. Walter zu nennen. Die Kunstpflege in Baden behandelt der Direktor der Badischen Kunsthalle, Dr. Storz, „Kulturleben und Dichtung“ Prof. Dr. Osterling. Die zahlreichen historischen Kulturstätten des Landes finden eine Darstellung durch Dr. Behringer, Land und Leute durch den schwarzwälder Heimatforscher Hermann Erich Busse. Über den Schwarzwald schreibt Prof. Mastinger, über die badischen Heilbäder und Kurorte Dr. Alfons Fischer. Die badischen Hochschulen werden von Geh. Oberregierungsrat Dr. Schwaner geschildert. Aus der Fülle der allgemein wirtschaftlichen Aufsätze sind der Artikel des Direktors der Badischen Landwirtschaftskammer in Karlsruhe, Dr. Müller, über „Die badische Landwirtschaft“ u. der Aufsatz von Prof. Dr. Artur Blaukeim, dem Syndikus der Handelskammer Mannheim, über „Baden in Weltverkehr und Wirtschaft“ besonders hervorzuheben. Sie finden ihre Ergänzung in einem Aufsatz des Präsi-

wir mit unserem Antrage helfen wollen. (Beifall bei den Demokraten.)

Nach einem Schlusswort des Abg. Scheller (K.) für die kommunistischen Antragsteller werden die Gesetzentwürfe der Demokraten und der Kommunisten dem Rechtsausschuss überwiesen.

Es folgt die dritte Beratung des Haushalts des Reichstages.

Dazu liegt ein Antrag der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten vor, zum Grunderwerb für einen Erweiterungsbau des Reichstages 1 240 000 Mark zu bewilligen.

Abg. Schulz-Bromberg (D.P.) spricht sich gegen den Antrag aus.

Abg. v. Gierke (Z.) spricht sein Befremden über die Stellung des Abg. Schulz-Bromberg aus, der noch vor kurzem ein Vorkämpfer für den Erweiterungsbau gewesen sei. Die Erweiterung der Reichstagsbibliothek sei dringend notwendig.

Nach weiterer Aussprache wird der Antrag angenommen. Der Haushalt des Reichstages wird im übrigen unverändert gebilligt.

In der dann folgenden dritten Beratung des Haushalts des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft begründete Abg. Domsch (D. P.) eine Interpellation, in der die Regierung gefragt wird, was sie zu tun gedenkt, um die augenblickliche ungeheure Kreditnot in der Landwirtschaft rasch und wirksam zu beheben, insbesondere die Umwandlung der Wechselverbindlichkeiten in langfristige Realcredite zu erträglichen Zinssätzen schleunigst durchzuführen. Eine Behebung der deutschen Wirtschaftsnote werde sich nur durch eine Steigerung des Exports ermöglichen lassen. Besonders notwendig sei vor allem eine Verminderung der Einfuhr ausländischer Lebensmittel.

Abg. Öhrle (K.) begründet eine Reihe kommunistischer Anträge, in denen Hilfsmaßnahmen für die notleidenden Kleinbauern, Pächter und Landarbeiter verlangt werden.

Gegen 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch, den 9. Dezember, 2 Uhr nachmittags, vertagt.

## Einzelheiten über die Locarnoabstimmung im Reichstag

Laut den amtlichen Listen über die namentlichen Abstimmungen beim Abschluss der Locarno-Verhandlungen im Reichstage waren von den 493 Reichstagsmitgliedern nur 19 nicht zur Stelle. Die Zentrumsfraktion, die geschlossen für den Gesetzentwurf stimmte, wies nur einen Fehlenden auf. Die Deutschnationalen, von denen der württembergische Staatspräsident Bawille und Fürst Bismarck fehlten, waren bei den ersten vier Abstimmungen geschlossen, während bei der Abstimmung über den völkischen Antrag betr. die Aushebung der Verfündigung des Gesetzes um zwei Monate neun Deutschnationalen dafür stimmten, während sich die übrigen der Stimme enthielten. Auch bei der Bayerischen Volkspartei war keine Geschäftsheit. Drei ihrer Mitglieder enthielten sich bei der Schlussabstimmung über das ganze Gesetz des Votums. Die Wirtschaftliche Vereinigung bot bei allen Abstimmungen ein äußerst buntes Bild.

Abreise der deutschen Delegation aus London. Die deutsche Delegation ist Donnerstag nachmittag um 2 Uhr von der Londoner Victoria-Station nach Berlin abgereist.

Dr. Gehler amtsmäßig? Einer Korrespondenzmeldung zufolge soll Reichswehrminister Dr. Gehler dem Reichspräsidenten von Hindenburg mitgeteilt haben, daß er bei der Neubildung des Kabinetts nicht mehr mit einem Amte betraut werden wolle.

Um die Verminderung der Besetzungslasten. „Echo de Paris“ zufolge soll General Guillaumat ersucht worden sein, zur Verminderung der Lasten der rheinischen Bevölkerung dafür zu sorgen, daß nur ein gewisser Prozentsatz von Offizieren und Unteroffizieren des Besatzungsheeres verheiratet sein darf.

Kampfanlage der Hamburger Deutschnationalen. Die deutschnationale Parteiführung des Landesverbandes Hamburg veröffentlicht eine Kundgebung, in der der Deutschen Volkspartei, nachdem sie sich von ihrem Führer Stresemann aus dem nationalen Lager heraus in die internationale führen ließ und aus einer Reichspartei eine Partei der Linken geworden ist, solange schärfster Kampf an, als sie in diesem Lager bleibe. Im Zusammenhang damit werden scharfe Angriffe gegen den Außenminister gerichtet.

den der Mannheimer Handelskammer, Richard Kessel, über „Handel und Industrie“. Die badischen Wasserstraßen, die Wasserkraft Baden und die badischen Säfen sowie die Spezialindustrien des Landes, die Uhrenindustrie, die Edelmetall- und die Textilindustrie, werden sachgemäß durch die Synthese der einzelnen Handelskammern dargestellt. Auch Gebiete, die sonst nicht allgemein beachtet werden, wie das Oberrhein- und Oberrhein- und die Landschaft und Industrie von Lauch, werden eingehend geschildert. Über die größeren Städte schreiben jeweils die Oberbürgermeister, über Karlsruhe Dr. Hinter, über Freiburg Dr. Bender, über Konstanz Dr. Moerle, über Pforzheim G. Gündert, oder bekannte Persönlichkeiten der Stadt wie Prof. Stille über Heidelberg, Oberverwaltungsrat Dr. Vardiß über Mannheim. Mit eindringlicher Liebe geschriebene Abhandlungen von Oberbaurat Dr. Schmieder und Karl Frey führen durch all die kleinen Städtchen im Unterland und Oberland, die jedes seinen besonderen Reiz aufweisen. Im Anschluß an diese vierzig Aufsätze, die den Leser aufs engste vertraut machen mit allen Einzelheiten und Möglichkeiten des Landes Baden, geben die Einzelbilder aus dem Wirtschaftsleben des Landes in Wort und Bild fesselnde Vorstellungen von der ungeheuren Fülle industrieller und gewerblicher Arbeit, die in dem alten Kulturgebiet geleistet wird. Hier wird eine Vorstellung von der großen Bedeutung erweckt, die dem Lande Baden für die deutsche Wirtschaft in ihrer Gesamtheit innewohnt, und zugleich gezeigt, wie Handel und Industrie aufs engste mit der Landschaft verwachsen sind.

Eine Ergänzung zu diesen Schilderungen geben die Empfehlungen aus Handel und Industrie, die mit anderen Teilen des Buches zu einem harmonischen Ganzen zusammengefaßt sind, und bei denen auch sichtbar Wert darauf gelegt worden ist, die propagandistische Absicht auf einem möglichst hohen Niveau zu verwirklichen. Mit seinen vier vollendet schönen Kunstbeilagen und ungefähr 200 zum Teil ganzseitigen Bildern, die aus dem erlesenen Kunstdruckpapier prachtvoll zur Geltung gelangen, ist das Buch eine würdige Repräsentation des Landes Baden und zugleich eine verlegene Leistung von Qualität. Der Preis von 10 Mark für den stattlichen Ganzleinenband ist wohl nur zu ermöglichen durch die Unterstützung, die die Wirtschaftskreise dem Unternehmen gewähren. Er sichert dem Buch einen Absatz, der seiner Bedeutung und seinem Wert entspricht, und verbürgt damit gleichzeitig wieder für die beteiligten Kreise wie für das Land selbst eine weitreichende propagandistische Wirkung.

## Politische Neuigkeiten

### Der Verwaltungsrat der Reichs-Eisenbahngesellschaft

hielt vom 30. November bis 3. Dezember in Berlin seine regelmäßige Tagung ab. Die ernste Lage der gesamten Wirtschaft spiegelt sich auch im Verkehr der Reichsbahn wieder. Nur bei einer vorsichtigen Finanzgebarung wird die Reichsbahn, wie zum Ausdruck kam, in der Lage sein, den allgemeinen wirtschaftlichen Tiefstand unter Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu überwinden. Könnte die Reichsbahn zu Lohn- und Gehaltssteigerungen gezwungen werden, so würde das zur Folge haben, daß die Tarife trotz ernstlicher wirtschaftlicher Bedenken erhöht, die sachlichen Ausgaben unter Raubbau an den eigenen Bahnanlagen noch weiter eingeschränkt werden müßten, wodurch die Arbeitslosigkeit in den betreffenden Industrien weiter erhöht werden würde. Schließlich müßte der Personalbedarf durch Verringerung der Zahl der Büge, die zeitweilige Stilllegung unrentabler Strecken usw. wirksam verringert werden. Von dem Stand des Personalabbaus nahm der Verwaltungsrat Kenntnis. Danach ist die Verringerung des Personalstandes in den meisten Betrieben durchgeführt. Zur schärferen Überwachung der Rentabilität des Betriebes soll vom 1. Januar ab eine besondere Abrechnung der Einnahmen und Ausgaben jedes einzelnen Direktionsgebietes durchgeführt werden.

### Die Großhandelsindexziffer vom 2. Dezember

Die auf den 2. Dezember des 2. Dez. 1925 berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist mit 122,9 gegenüber dem Stande vom 25. Nov. (122,7) nahezu unverändert geblieben. Höher lagen die Preise für Roggen, Weizen, Rindfleisch, Hopfen, Raummwoll- und Jutewaren, sowie für Zin und Aluminium. Günstiger sind die Preise für Safer, Butter, Schmalz, Zucker, Milch, Treibriemenleder, Textilrohstoffe, Leinwand und einige Nichtmetalle. Von den Hauptgruppen haben Agrarerzeugnisse von 117,8 auf 117,9 oder um 0,5 v. H. angezogen, während Industrieerzeugnisse von 132,9 auf 132,8 oder um 0,5 v. H. nachgeben. Für den Durchschnitt des Monats ergibt sich ein Rückgang der Großhandelsindexziffer von 123,7 im Oktober auf 121,1 oder um 2,1 v. H.

## Kurze Nachrichten

Über den Zusammenschluß im Luftverkehr fand am Donnerstag im Reichsverkehrsministerium zu Berlin eine Besprechung mit den Vertretern der Länder statt. Über die Form des Zusammenschlusses der beiden großen Luftverkehrsunternehmen zu einer einheitlichen privatwirtschaftlichen Luftverkehrsgesellschaft wurde völliges Einvernehmen erzielt.

Die französischen Finanzgesetze beschäftigen heute, Freitag nachmittag, den Senat. Am Donnerstag hat sie der Finanzausschuss des Senates mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Die Wirren in China. General Fung Yu Hsiang will nach einer Meldung aus Peking eine Konferenz einberufen, auf der die Vertreter der hauptsächlichsten Militärführer über die Beendigung der militärischen Unternehmungen und über eine Teilung des Gebietes beraten sollen. Für die Zwischenzeit schlägt er ein Koalitionskabinet vor. Nach der Konferenz würde man über die Stellung des Präsidenten der Republik, die bis dahin im Amte bleiben soll, und über die Schaffung eines verantwortlichen Kabinetts beraten können.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, vom 8. Uhr morgens. Durch Zutromm kalter Luft und Ausstrahlung bei klarem Nachthimmel sank das Thermometer heute früh in der Ebene auf -12 Grad, -9 Grad in Höhen von 600 Metern und -17 in 1500 Meter. Nördlich des Schwarzwaldes ist der Himmel bewölkt, die Rheinebene meist wolkenlos. Das bisher über dem Atlantischen Ozean stationär gelegene Hoch hat sich unter Zunahme des Druckes ostwärts in Bewegung gesetzt und liegt heute mit seinem Kern über Mitteldeutschland. Bei weiterem Ostwärts-wandern des Hochs muß mit Einbruch der im Norden und über dem Ozean erkennbaren Tiefdruckgebiete gerechnet werden. Voraussage für Samstag: Zunachs meist heiter, harter Nachtfrost, später langsame Wölkungszunahme, Drehung des Windes nach Südwesten und allmähliches Auf-frischen.

„Innendekoration“. Man lebt sich selbst und den andern. Man hat Verpflichtungen: sich selbst und den andern gegenüber. „Innendekoration“ im engeren Sinn heißt: eine gepflegte Behausung schaffen, in der man sich selbst wohl fühlt und in der auch andere sich wohl fühlen; es erfreuend gestalten durch Ordnung, Sauberkeit, Harmonie. Weist ferner: diese Behausung und Einrichtung von Zeit zu Zeit erneuern in Anpassung an die sich wandelnde Umwelt und in erfreulichem Wechsel. Weist ferner: den Menschen selbst als vollständigem Einrichtungs-Stück der Behausung auffassen und dementsprechend die höchste Gebiegenheit von ihm fordern. Innendekoration im weiteren Sinne heißt also auch: den Körper zur gepflegten Behausung gestalten, in der sich Seele und Geist wohl fühlen. Weist ferner: harmonische Einrichtung der inneren, seelischen Behausung, der Wohnung der Gefühle und Gedanken. Weist ferner: Seele und Geist zu wohlgeordneten Zusammenhängen erziehen und so den inneren Haushalt in würdige Form bringen. Sich selbst zuziehen und auch den andern zuziehen. „Innendekoration“ heißt demnach: Innenwelt und nähere Umwelt in Ordnung bringen und menschenwürdig gestalten, von außen nach innen und von innen nach außen durchgeistigen, formen und ein wenig festlich schmücken. Man kann „von außen“ anfangen durch eine geeignete-jährliche Wohnungs-Gestaltung, aber „von innen“ beginnen und in der geeigneten Wohnungs-Gestaltung erden. Erfüllt ist die Aufgabe, wenn Kern und Schale gefordert sind: als wohlgeformter, lebendiger Organismus. Hugo Lang.

Deutsches Mädchenbuch (R. Thienemanns Verlag, Stuttgart) Ein Jahrbuch der Unterhaltung, Belehrung und Beschäftigung für Mädchen von 12-17 Jahren. Band 28. Ein prächtiger Band von fast 350 Seiten Umfang. Mit zahlreichen ein- und mehrfarbigen Bildern, sowie Offset-Reproduktionen (10 MM). — Bereits eine ganze Generation hat an diesen Jahresgaben ihre helle Freude haben dürfen, wachsen sie doch immer mehr in ihre treffliche Aufgabe hinein, unter Vermittlung von Einseitigkeit und Herförligkeit der begeisterten-fähigen Jugend das Gute in zielbewusster Absicht darzubieten. Mutter und Kind in 60 Meisterbildern. Eingeleitet von Otto Knapp. (Gesheft Nr. 120, Julius Hoffmann, Stuttgart) — Das Büchlein sei hiermit warm empfohlen.

\* Aus dem reichillustrierten Dezemberheft der „Innendekoration“, der bekannten, von Hofrat Dr. Alexander Koch-Darmstadt herausgegebenen führenden Kunstzeitschrift. Eingeleitet Nr. 260.

# Badischer Teil

## Badischer Landtag

D. Karlsruhe, 8. Dez.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnet 14 Uhr die Mittags-sitzung mit kurzen geschäftlichen Mitteilungen, worauf

### die Sozialdebatte

fortgesetzt wird.

Abg. Wolf (Komm.) hält die den Erwerbslosen gebotene Hilfe für viel zu gering und beharrt bei den weitgehenden Forderungen seiner Partei. Er verlangt ein Verbot der Betriebs-einstellungen, damit der Arbeitsmarkt nicht noch mehr verschlechtert werde.

Abg. Heurich (Ztr.) leitet seine Darlegungen mit dem Hinweis ein, daß draußen im Lande der Eindruck bestehe, daß selten eine Regierungserklärung mit größerer Klarheit, Offenheit und gutem Willen verabreicht wurde, wie die der badischen Regierung. Mit den kommunistischen Schlagwörtern werde man die soziale Frage nicht lösen. Das Elend lasse sich von heute auf morgen nicht beseitigen; man müsse es aber zu lindern suchen. Es sei bedauerlich, daß man für den Augenblick nicht mehr zu geben vermöge. Das Zentrum stimmt dem Ausschusstratrage zu. Wünschenwert erscheint ein großzügiges Programm von Notstandsarbeiten. In der Lösung des Problems der deutschen Arbeitslosigkeit müssen Reich, Länder und Gemeinden mehr wie bisher zusammenwirken. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz sollte endlich aus dem Stadium der Erwägungen herauskommen. Das Volk, das die Beiträge aufbringt, will auch bei der Art der Verteilung mitreden.

Der Redner beklagt sich über das mangelnde soziale Pflichtgefühl bei manchen Unternehmern. Er kritisiert auch die Arbeiterentlassungen bei der Reichsbahn und deren Taktik bei der Arbeitsvergebung. Man dürfe verlangen, daß die Reichsbahndirektion Karlsruhe die auszuscheidenden Arbeiter im Lande befristet. In Baden hätten sich die Unternehmer im allgemeinen nicht so rücksichtslos gezeigt, wie in Nord- und Mitteldeutschland. Die oberen Schichten müßten den guten Willen beweisen, daß sie an der fürchtbaren Not des Volkes durch persönliche Opfer teilzunehmen bereit sind. Dann würde es auch der Arbeiterschaft etwas leichter fallen, die auf ihr ruhenden Lasten zu tragen. Der Redner stellt dann fest, daß der Lohnstand in Deutschland der niedrigste in der ganzen Welt sei. Durch die Niederhaltung der Löhne treibe man aber die für die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie so notwendigen Qualitätsarbeiter zum Lande hinaus. Falls sich es auch ergäbe, daß man in der Wirtschaft den Reallohn dem Theoretiker unterstellte.

Abg. Oehmsen (Dem.) behauptet, daß die Mittel zur Linderung der Not nicht so weit reichen, wie es der gute Wille des ganzen Hauses wünschen möchte. Er unterstreicht, was der Fraktionsvorsitzende Dr. Glodner bereits zugunsten der wirtschaftlich Schwachen ausgeführt hat. Ihr Los zu erleichtern, daran mitzuarbeiten, seien seine Freunde im Rahmen des Möglichen selbstverständlich gerne bereit. Eine Ausbeutung der Not der Zeit, worauf verschiedentlich hingewiesen wurde, wäre aufs schärfste zu verurteilen. Doch dürfe man auf der anderen Seite die Schwierigkeiten nicht verkennen, unter denen die Industrie heute im Gefolge der Inflation zu leiden habe.

Der Redner führt am Beispiele Heidelberg, das bisher rund 2 Millionen für Notstandsarbeiten ausgetoßen hat, den Nachweis, daß die Städte nichts unterlassen, um die produktive Erwerbslosenfürsorge zu fördern. Bei Mitbeteiligung des Landes im gleichen Umfange, kämen wir sicher ohne allzu große Schwierigkeiten über die nächsten 1 bis 2 Jahre hinweg.

Abg. Daas (D. Rp.) hält diese Debatte für verfehlt, da sie die draußen herrschende Hochspannung nur zu steigern geeignet sei. Auch möge man keine unnötige Schärfe im parteigegensätzlichen Interesse in die Aussprache hineintragen. Es seien doch alle von der fürchtbaren Not der Opfer des Wirtschaftskampfes durchdrungen. Jetzt handle es sich doch darum, den Bedürftigen rasch und noch vor Weihnachten eine gewiß sehr bescheidene Hilfe zu bereiten. Der Redner begrüßt die von der Regierung angekündigten Hilfsmassnahmen und gibt weitere Anregungen zur Beseitigung der Notstands-situationen, z. B. durch Ausführung von Wasserbauten. Seine Freunde stimmten dem Ausschusstratrage zu und bejahten nun, daß der Hilfsbereitschaft eine Grenze durch die Finanz-lage gesetzt sei.

Abg. Frau Fischer (Soz.) appelliert in eindringlicher Weise an jene, die heute noch in Luxus und Verschwendung leben, sie mögen sich angesichts des ungeheuren Elends unserer Tage die Worte ins Herz schreiben, „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut!“ Die Hohenrollern sollten im Interesse der Volksgemeinschaft auf ihre 30 Millionen verzichten oder sich wenigstens wie andere mit einer Prozentigen Aufwertung zufrieden geben. Vom Reich müsse man erwarten, daß endlich die Unterstützungssätze und Renten so erhöht werden, wie es das Anrecht aufs Leben verlangt.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Ba. Bgg.) stellt fest, daß in der Beurteilung der Not unserer Zeit und in dem Wunsche, hier Abhilfe zu schaffen, alles einig sei. Seine Partei pflichte dem Ausschusstratrage bei. Das Wenige, was wir geben können, falle schwer. Aber es müsse das Äußerste getan werden, das verlange die Volksgemeinschaft. Allenfalls mache sich das Bestreben geltend, der Arbeitslosigkeit an die Wurzeln zu gehen. Hier sei kein Anlaß gegeben, daß sich die Parteien verzanken. Vom Egoismus der Unternehmer als allgemeines Charaktermerkmal zu sprechen, sei unangebracht. Der Redner empfiehlt zum Schlusse die Einführung der Arbeitsdienstpflicht.

Oberregierungsrat Frhr. von Sabs gibt Aufschluß über die Grundzüge für die Verteilung der 500 000 M. an die bedürftigsten Kriegsbeschädigten. Es ist Vorfrage getroffen, daß die Auszahlung noch vor Weihnachten erfolgt.

Abg. Frau Siebert (Ztr.) findet ergreifende Worte um das Elendsbild der Arbeitslosen und alten Sparrer und ihrer Familien zu vervollständigen. Sie nimmt sich der arbeits-unfähigen Handarbeits- und Haushaltslehrerinnen an, die man ebenfalls bedenken möge, und bittet, die Auszahlung der Zuschußbeträge an die Sozial- und Kleinrentner in gleicher Weise wie jene an die Kriegsbrentner zu handhaben. Die Rednerin fährt fort, daß man in gewissem Grade auch von einer Not der Arbeitgeber sprechen müsse. Zum Schlusse polemisiert die Abgeordnete gegen die Kommunisten.

Damit ist die Aussprache beendet. Nach einem kurzen Schlußwort des Berichterstatters Dr. Pöhr wird der Ausschusstratrage in seinem positiven Inhalt einstimmig, soweit er die kommunistischen Anträge für erledigt erklärt, gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Abg. Weiskopf (Ztr.) begründet darauf eine förmliche Antrag betr. Maßnahmen zum

### rascheren Absatz des bei den Produzenten noch vorhandenen Getreides,

der Kartoffeln und sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Der Redner betont, daß die Landwirtschaft noch nie eine derartige Enttäuschung erlebt habe wie dieses Jahr durch die

Abfallstodung. Für Kartoffeln würden Preise gegeben, die unter den Produktionskosten liegen. Ähnlich verhalte es sich mit dem Getreide. Das Ober- und Hinterland würde von der Absatzkrise am schwersten betroffen. Die Schuld daran trügen die ausländische Zufuhr und die Kreditnot in Verbindung mit den hohen Bankzinsen. Was die Landwirtschaft noch aufrecht erhalten könne, sei der Absatz von Vieh und Schweinen. Aber auch hier verlangsamte sich das Tempo. Die Lage spiege zur Katastrophe zu, die auch die anderen Erwerbsstände fühlen werden. Der Redner wendet sich zum Schlusse gegen ein Wiederaufleben der Reichsgetreidekasse in der alten Form, ohne dabei eine gewisse Vorratswirtschaft zwecks Regulierung des Getreide- und Brotpreises zu verworfen.

### Innenminister Remmel

antwortet: Die Abfallstodung hat ihren Grund im Gutmangel der großen landw. Verbände, des Großhandels in landwirtschaftlichen Produkten und der Verarbeitungsbetriebe wie Mühlen, Nahrungsmittelgeschäfte usw. Diese sind nicht mehr wie früher in der Lage, sich alsbald nach der Ernte auf lange Zeit einzudecken und nach und nach die Waren an die Verbraucher abzugeben. Niemand kann sich heute über seinen Bedarf hinaus versorgen. Bei den heutigen Preisschwankungen ist die Anschaffung eines Lagers in landw. Produkten mit einem viel größeren Risiko als früher verbunden. Dabei ist es dem Handel, den Mühlen-, Brauerei- und anderen Betrieben möglich, aus dem Auslande Waren und Rohstoffe zu langfristigen Krediten und einem billigeren Zinsfuß als im Inlande zu erhalten. Es ist auch zu berücksichtigen, daß die Ernte allenthalben gut war und die Zufuhr aus Norddeutschland und den Seehäfen wesentlich gefördert wurde. Schließlich haben wir unser früheres Absatzgebiet, die Schweiz, noch nicht wieder zurückerobert. Die Besprechungen mit den landw. Verbänden haben keine greifbaren Vorschläge gezeitigt. Ein Angehen der Städte zum Anlauf von Nahrungsmitteln erscheint aussichtslos infolge der schwierigen Geldbeschaffung. In Anstalten, Krankenhäuser, Reichswehr und Marine sind mit Kartoffeln größtenteils versorgt. Es bleibt noch die einzige Möglichkeit der Hilfe durch eine finanzielle Stärkung des Großhandels, der Verbände und letzten Endes der Verbraucher.

Das Gesamtkabinett hat sich gestern und heute im Hinblick auf den vorliegenden Gesetzentwurf betr. Ansammlung einer Getreidereserve von 200 000 Tonnen darüber unterhalten, welche Instruktion unserem Vertreter im Reichsrat zu erteilen sei. Nach langen Erwägungen kam man zu dem Schluß, daß der Vorschlag des Reichsernährungsministers für die badische Landwirtschaft das erwünschte Ergebnis nicht haben wird. Sein Ausgangspunkt ist, den Roggenpreis zu heben und den Verkauf von Roggen in die Wege zu leiten. Wir dagegen schlagen vor, den landw. Verbänden und Verbrauchergemeinschaften Mittel zu geben, um den Zustand der Vorkriegszeit wieder zu erreichen, daß also die Mühlenbetriebe und Lagerhäuser sich wieder in einer Vorratswirtschaft betätigen können. Wenn das Reich Mittel frei machen kann, so soll es den kleinen Landwirten durch Realkredite zu einem erträglichen Zinsfuß helfen. Sie werden dann in der Lage sein, über die Wintermonate hinwegzukommen und ihre Erzeugnisse im Frühjahr auf den Markt zu bringen. Wir hoffen, daß andere Länderregierungen unserem Vorschlage beitreten, über dessen Erfolg allerdings angezweifelt der Regierungskrise im Reich feste Erklärungen noch nicht abgegeben werden können. Die badische Regierung ist sich des Ernstes der Situation gegenüber der Landwirtschaft durchaus bewußt; nur glaubt sie, daß ihr Weg für unsere kleinbäuerlichen Verhältnisse gangbarer ist als der vom Grafen Kanitz vorgeschlagene.

In der Besprechung ergreift das Wort zunächst der Abg. Kläber von der Bürgerlichen Vereinigung. Er erklärt, von der Regierungserklärung enttäuscht zu sein und macht zur Begründung seines Standpunktes längere Ausführungen. Der autonome Zolltarif sei eine Vorregelung falscher Tatsachen; er werde sich nicht auswirken. Deutschland werde vom Auslandsgetreide überschwemmt, die Preise für die Inlandsprodukte hängen in ihrem Verhältnis zu den Produktionskosten, es fehle der Landwirtschaft an Geld, und trotzdem sei sie noch heute gezwungen, die Rentenbankzinsen zu zahlen. Die Landwirtschaft werde die Krise nicht mehr lange aushalten.

Abg. Kurz (Soz.) führt aus, daß man sich der Not der Landwirtschaft durchaus nicht verschließe. Aber auf der anderen Seite dürfe nicht vergessen werden, welche schweren Kampf ums Dasein die Konsumenten zu führen haben, die oft nicht in der Lage sind, den notwendigen Winterbedarf zu kaufen. Man bereite den Boden zum Abschluß günstiger Handelsverträge und sorge für eine gerechte Entlohnung der arbeitenden Bevölkerung, dann wird auch die Landwirtschaft davon Nutzen haben.

Abg. Oed (Ztr.) unterstützt die Ausführungen seines Parteifreundes. Die Regierungserklärung erwecke leider nur schwache Hoffnungen. Der Redner bekämpft die ungeheure Preispanne für landwirtschaftliche und Industrieprodukte und fordert nachdrücklich den Schutz des heimischen Bauernstandes sowie Erleichterung des Steuerdrucks.

Abg. Scheel (Dem.) verkennt nicht die schlimme Lage der Landwirtschaft, die ein Ausschnitt der allgemeinen Not des ganzen Volkes sei. Seine Partei habe keine Neigung zur Zwangswirtschaft in irgend einer Form zurückzuführen. Der bessere Weg sei der vom Minister vorgeschlagene.

Abg. Wagner (D. Rp.) bringt Beispiele für die Abfallstodung und dafür, was in der Geldnot auf dem Lande alles verkauft werden muß. Im übrigen hofft er, daß der Schritt der Regierung in Berlin die erwünschte Wirkung haben wird.

Auf eine förmliche Anfrage des Zentrums betr. die Aufwertung von Sparkassenguthaben,

zu der Abg. Dr. Schöfer eine kurze Begründung gibt, teilt Ministerialrat Dr. Weigel die Grundzüge mit, nach welchen sich die Aufwertung vollziehen soll. Darnach ist für alle Sparkassen ein einheitlicher Aufwertungssatz, etwa 12% Prozent, vorgesehen. Eine Besprechung findet nicht statt.

In einem einstimmig angenommenen Antrag wird die Regierung ersucht, alsbald die entsprechenden Unterlagen für die Beurteilung der Aufwertungsfrage der öffentlichen Spar-

kassen zu beschaffen und Vorschläge zur Regelung der Angelegenheit zu machen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. — Im Rahmen einer persönlichen Bemerkung wendet sich der Abg. Dr. Engler (Soz.) gegen die irrige Auffassung des Abg. Kläber, als ob er in seinen getrigen Ausführungen zur Bodenreform hätte sagen wollen, daß der gesamte Grund und Boden in Staatsbesitz zu überführen sei.

Die Anberaumung der nächsten Plenarsitzung bleibt dem Präsidenten überlassen. — Schluß der heutigen Sitzung gegen 19 Uhr abends.

### Eingänge

Die Abg. Bauer (D. Rp.) und Genossen haben den Antrag eingebracht, der Landtag wolle die Regierung ersuchen, Mittel bereit zu stellen, um baldigt an alle in Baden lebenden **Altvetereanen**, sofern sie die Kriegsteilnehmerbeihilfe beziehen, eine einmalige Winterbeihilfe von 30 RM. zu gewähren.

Der Verein der Verwaltungssekretäre und Assistenten der Wasser- und Straßenbauverwaltung ist wegen der Befol-dungsverhältnisse dieser Beamten beim Landtag vorstellig geworden. — Der **Badische Kriegerbund** wünscht in einer Eingabe die Erhöhung der Beihilfe für die Altvetereanen und deren Witwen.

### Die badische Regierung und die Nichthofenfeier

Der **Fliegerbund Karlsruhe**, der die Organisation der Überführung der Leiche des gefallenen Kampfliegers, Freiherr von Nichthofen, durch badisches Gebiet im Namen des Ringes der Flieger übernommen hatte, bittet uns um Aufnahme folgender Erwiderung auf die Erklärung des Herrn Staatspräsidenten Trunk im Badischen Landtag wegen Nichtbeteiligung der badischen Regierung an der Nichthofen-Ehrung in Karlsruhe:

„Die Überführung der Leiche Nichthofens von Rehl bis Heidelberg hatte einzig und allein der Fliegerbund Karlsruhe, als kameradschaftliche Organisation ehem. Frontflieger übernommen. Der Zeitpunkt des Transportes der sterblichen Überreste Nichthofens durch Baden und der Zeitpunkt der Trauerfeier in Karlsruhe war mehrmals durch die Zeitungen bekannt gemacht worden. Es waren keinerlei Einladungen dazu ergangen, sondern alle auf dem Bahnhof erschienenen Vereine und Verbände, sowie der Vertreter der Stadt Karlsruhe waren aus eigenem Empfinden heraus, Deutschlands erfolgreichsten Kampflieger zu ehren, an der Bahre Nichthofens bei der Durchfahrt in Karlsruhe versammelt. Da das Ministerium des Innern den Fliegerbund Karlsruhe gebeten hatte, von einer Übernahmefei-er in Rehl im Hinblick auf die Befragung Abstand zu nehmen, kann man wohl annehmen, daß der badischen Regierung der Zeitpunkt der Überführung wohl bekannt war. Der badischen Bevölkerung jedenfalls, die sich ohne Unterschied der politischen Zugehörigkeit auf den Bahnhöfen eingefunden hatte, war der Termin der Überführung durch die Zeitungen bekannt.“

Herr Staatspräsident Trunk hat an seine im Landtag abgegebene Erklärung die Bemerkung angeknüpft, daß die Organe, die mit der Feier zu tun hatten, es entsprechend ihrer ganzen Einstellung zum Staate wohl nicht für nötig gehalten hätten, die Regierung überhaupt zu informieren. Der Fliegerbund Karlsruhe ist eine rein kameradschaftliche Organisation, die unter keinen Umständen politische Bestrebungen verfolgt. Er hat allerdings aus wohl erwoogenen Gründen zu verhindern versucht, daß radikale Verbände an der Trauerfeier in Karlsruhe teilnehmen, um der Nichthofen-Ehrung jeden politischen Charakter zu nehmen. Es ist deshalb unbegründlich, wie Herr Staatspräsident Trunk dem Fliegerbund Karlsruhe derartige Unterstellungen machen kann. Diese durch nichts gerechtfertigten Anschuldigungen in einer öffentlichen Sitzung des badischen Landtages müssen mit aller Stärke zurückgewiesen werden.“

Dieser wird amtlich mitgeteilt: Die Erklärung des Herrn Staatspräsidenten im Landtag betrifft die Tatsachen, daß der frühere Herr Staatspräsident Dr. Sellpach erst nachträglich von der Überführung und einer Feier am Bahnhof Karlsruhe erfuhr, außerdem daß die Veranstalter keine Nachricht an den Herrn Staatspräsidenten oder an die Ministerialabteilung gegeben hatten.

Daran berichtigt die Erklärung des Fliegerbundes nichts, und daran kann auch nichts berichtigt werden. —

Bei „entsprechender“ Einstellung zum Staatspräsidenten und zum derzeitigen Staate hätte erwartet werden müssen, daß von den Veranstaltern über die Tatsache der Überführung und die Veranstaltung einer Feier sowie deren Zeitpunkt dem Herrn Staatspräsidenten oder wenigstens seinem Büro **Nachricht** gegeben worden wäre. Der Staatspräsident ist nicht irgend jemand in der Bevölkerung. —

Es darf die Annahme abgelehnt werden, daß etwa beim Hochfesten der früheren staatsrechtlichen Verhältnisse eine geeignete Nachricht an die erste Stelle im Staat auch unterblieben wäre. — Das Stadtoberhaupt hatte Nachricht erhalten, allerdings wenigstens als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Luftverkehrs-gesellschaft Karlsruhe.

Es wäre erwünscht, daß die der Stellung des Staatspräsidenten und des Staatsministeriums im derzeitigen Staate „entsprechende“ Einstellung für künftighin nun auch vorausgesetzt werden kann.

### Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband

Der Badische Gemeinde-Versicherungs-Verband hielt vor einigen Tagen in Karlsruhe seine diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung unter dem Vorsitz des 1. Bürgermeisters Ritter-Mannheim ab, welche von zahlreichen Gemeindevorsteher besucht war. Der Geschäftsführer berichtete über die Entwicklung des Verbandes und die Ausdehnung der Geschäfte. Die Rechnungslegung wurde genehmigt und dem Vorstand sowie dem Geschäftsführer Entlastung erteilt. Die Versammlung beschloß, den Reingewinn den Mitgliedern der einzelnen Versicherungsabteilungen zuzuführen. Nach Beschlußfassung über einige, durch die Ausdehnung der Geschäfte nötig gewordene Satzungsänderungen, insbesondere über die **Erhöhung des Stammkapitals**, fand eine Ergänzungswahl für den Verbandsvorstand statt.

D. Wertheim, 1. Dez. Die Geschäftsleitung der **Mainmühlenwerke A.-G.** teilt mit: Die Nachricht von der Schließung der Mainmühlenwerke A.-G. Wertheim entspricht nicht den Tatsachen. Wichtig ist, daß einem Teil der Arbeiter und Angestellten gekündigt worden ist. Dies geschah jedoch nur, um die Betriebe rationaler zu gestalten. Die Betriebe gehen nach wie vor weiter. Die Mainmühlenwerke sind gut beschäftigt.

**Die Freiburger Schauinslandbahn.** Einer Mitteilung des Vorstandes und des Verwaltungsrates der Schauinslandbahn-Studiengesellschaft ist zu entnehmen, daß der Gedanke, eine Abfahrtsbahn auf dem Schauinsland zu bauen, um damit eine direkte Verbindung nach dem Biesental zu schaffen, wegen der zu hohen Kosten verworfen worden ist. Die Schauinslandbahn-Studiengesellschaft beschäftigt sich in der Hauptsache mit Projekten, deren Verwirklichung unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Kapitalmangels möglich ist. Es wurden in Arbeit genommen das Projekt einer Stahlfesselbahn und das Projekt einer Seilschwebebahn mit verschiedener Linienführung, von denen eine die Gemeinde Forben zum Ausgangspunkt hat. Auch die Frage der Zubringerlinien ist nicht einfach zu lösen, da teilweise umfangreiche Erdbewegungen erforderlich sind und auch das Landschaftsbild nicht beeinträchtigt werden soll. Es ist zu erwarten, daß die Projekte noch im Laufe des Monats Dezember zur Vorlage kommen.

**Aus der Landeshauptstadt**

Die Spareinlagen. Der Gesamtbetrag der reinen Spareinlagen in der hies. Sparkasse ist bis Ende November auf 0,9 Millionen M. gestiegen. Im genannten Monat wurden 522 neue Sparbücher ausgestellt.

**Bad. Landestheater.** Eine dramatische Dystorie in 3 Akten u. 13 Bildern nennt Franz Werfel sein Bühnenwerk „Juarez und Maximilian“, das am Samstag, den 5. Dezember, zur hiesigen Erstaufführung kommt. Im Mittelpunkt der dramatischen Vorgänge steht der österreichische Erzherzog Maximilian, Kaiser Franz Josephs Bruder, der im Jahre 1867 zu Queretaro in Mexiko, nachdem er in Gefangenschaft seines Gegners, des Bürgerpräsidenten Venito Juarez geraten war, zum Tode verurteilt und erschossen wurde. Damit erlitt sein ehrlicher Glaube, daß er von der Vorsehung ausersehen sei, die alte mexicanische Kaiserkrone unter habsburgischem Scepter wieder aufzurichten, in tragischer Weise Schiffbruch, und eine bersehlte politische Spekulation forderte, nicht zum erstenmal in der Geschichte, grausame Dube von dem am wenigsten Schuldigen. Maximilian hätte ein rühmlicheres Los verdient. Er, der größte Schwärmer aus innerstem Herzensdrang, ermutigt von der nach guten Taten lebenden Gemahlin, die ihm ererbte, was ihm selbst im Verkehr von Mensch zu Mensch abging. Seine Schuld war Unkenntnis seiner selbst und Mangel an Augenmaß für die Wirklichkeit der Dinge. So war er, ein zweiseitiger Blinder, seinem düsteren Schicksal verfallen. — Die Hauptrollen sind mit den Damen Clement und Moeller und den Herren Kruden (Maximilian), Raumbach, Dahlen, Herz, Häder, Maebke, Veitgeb, Vied, Müller, Brüder und von der Trend besetzt. Die Bühnenbilder sind von Emil Burkard hergestellt. Um die kostümliche Ausstattung war Margarete Schellenberg bemüht. Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr.

**Wiederholung des Coué-Vortrags.** Auf vielfache Wünsche hin hat sich Herr Jean Coué entschlossen, seinen mit großem Beifall hier kürzlich aufgenommenen Vortrag über die Selbstbemeisterungs-Methode Coué's zu wiederholen und zwar Sonntag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, wiederum im Eintrittsaale. Die vielen Personen, die keinen Platz mehr be-

kommen konnten, haben somit Gelegenheit, die wertvollen Ausführungen und Ratsschläge auf dem Gebiete der Auto-suggestion nun doch noch zu hören. — Kartenausgabe in der Konzeptionsdirektion Kurt Neufeldt.

**Handel und Wirtschaft**  
**Berliner Devisennotierungen**

	6. Dez.	5. Dez.
Amsterdam 100 G.	168.59	169.01
Kopenhagen 100 Kr.	106.07	105.33
Oslo 100 Kr.	16.90	16.94
London 1 Pf.	20.342	20.392
Paris 100 Fr.	4.19	4.21
Schweiz 100 Fr.	16.085	16.125
Wien 100 Schilling	59.15	59.29
Prag 100 Kr.	12.425	12.465

**Karlsruher Produktendörse (2. Dez.)** Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Die festeren auswärtigen Berichte bewirken ein weiteres Anziehen der Preise, wenngleich die Umsätze klein bleiben: Weizen handelsüblich 25—26,—, Roggen, neue Ernte, gesund 18—19, handelsüblich, Sommergerste, neue Ernte 22,50—23,—, Hafer ausländischer 20—22, Hafer inländischer, neue Ernte 18—19,25, Mais mit Saft, neue Ernte 20,75, Weizenmehl, Mühlenforderung 41,75—42,25, Roggenmehl, Mühlenforderung 28,25—28,75, Weizenfuttermehl je nach Qualität 13,50—14,25, Weizenkleie 10,50—11,—, Roggenkleie 10,50—11,—, Spezialfabrikate entsprechend teurer, Viertreter 17,50—18,—, Malzkeime 15—15,50, Speisefarctoffel, gelbfleischige 5,75—6,50, weißfleischige 4,50—5,10, rote 4,30—5,—. **Rausfuttermittel:** Lohes Briesenheu, gut, gesund, trocken 7,25—7,75, Luzerne 8,75—9,25, Weizen-Roggenstroh, drabquepreß 4,25—5,—, alles per 100 Kg. Mühlenfabrikate, Mais, Viertreter und Malzkeime mit Getreide ohne Saft, Fruchtparität Karlsruhe bezw. Freilagerfabrikate Parität Fabrikation. **Waggonpreise.** Kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. — **Abteilung Weine und Spirituosen.** Die Börse war mäßig besucht und verkehrte auf allen Gebieten in luftloser Haltung. — **Abteilung Kolonialwaren:** Kaffee, Tee und Kakao im Preise unverändert, Bismarck 0,42, Graupen 0,42, gelbe gepallene Erbsen, neue 0,49, weiße ungar. Perlbohnen, neue 0,38, neue Linsen, mittel 0,80, Kristallzucker 0,65, Salaisöl 1,15, Schweinefett 1,85 M. alles per Kg.

**Preisabbau in der deutschen Uhrenindustrie.** Mit sofortiger Wirkung hat laut „Frankfurter Zeitung“ die Fachgruppe Großuhren des Wirtschaftsverbandes der deutschen Uhrenindustrie die Preise für Großuhren und Wleder um etwa 5 Prozent herabgesetzt. Dadurch ist die Preiserhöhung vom September ds. Jrs., die 8 Prozent betrug, zum Teil wieder aufgehoben worden. Für Hausuhren und Taschenuhren, deren Preise im September nicht erhöht worden ist, bleiben die Preise unverändert. Die ungünstige Geschäftslage in der Uhrenindustrie und die zahlreichen Unterbietungen haben die Veranlassung zu dieser Preisherabsetzung gegeben.

**Badisches Landestheater**

a) Im Landestheater:  
Spielplan für die Zeit vom 5. bis 15. Dezember  
**Samstag, 5. Dezember.** \* C 10. Th.-Gem. 201—300. Zum ersten Mal: Juarez und Maximilian. Dramatische Historie in 3 Akten und 13 Bildern von Franz Werfel. 7 bis gegen 10 1/2 Uhr (5,20).  
**Sonntag, 6. Dezember.** Morgenkonzert (III. Schweizer Konzert). Veranstaltung von der Bläservereinigung des Landes-theater-Orchesters und Lehrkräften des Bad. Konfervatoriums. Werke von G. Huber, Fr. Brun und R. Hummel. 11 1/2—1 Uhr. Preise: 1. Rang und Speerth 1,50; 2. Rang 1 M. — Für Mitglieder der Theatergemeinde und des Theaterkulturverbands 1 M. und 0,80 M. Für Mitglieder der Volksbühne und für Studierende werden Karten im 2. Rang zu 0,80 M. abgegeben. Abends \* D 10. Th.-Gem. 1—100. Oberon, König der Elfen. 6 1/2 bis nach 9 1/2 Uhr (9,40).  
**Dienstag, 8. Dezember.** \* F 10. Th.-Gem. I. S. G. Neu einstudiert: Amelia oder: Ein Wasfenball. Oper in 5 Akten. Musik von Giuseppe Verdi. 7 1/2 bis nach 10 Uhr (8,40).  
**Mittwoch, 9. Dezember.** \* A 10. Th.-Gem. III. S. G. Juarez und Maximilian. 7 1/2 bis nach 10 1/2 Uhr (5,20).  
**Donnerstag, 10. Dezember.** \* E 11. Th.-Gem. 401—500. Tanz der Sprossen; hierauf Ais und Galatea; zum Schluss: Der Apotheker. 7 1/2 bis gegen 11 Uhr (7,40).  
**Freitag, 11. Dezember.** \* Volksbühne 4. Die Räuber. Dec. 4. Rang wird für den allgem. Verkauf freigegeben. 7 bis gegen 11 Uhr (5,20).  
**Samstag, 12. Dezember.** Zum erstenmal: Peterchens Mondfahrt. Ein Märchenpiel in 7 Bildern von Gerdt von Bassewitz. Musik von Clemens Schmalldich. 6—8 1/2 Uhr. 1. Rang 3 M., Speerth 2,50 M., 2. Rang 2 M., 3. Rang 1,80 M., 4. Rang 0,70 M.  
**Sonntag, 13. Dezember.** Nachmittags: Peterchens Mondfahrt. 2 1/2—5 Uhr (2,50). Abends: \* G 11. Th.-Gem. 301—400. Amelia oder: Ein Wasfenball. 7—9 1/2 Uhr (9,40).  
**Montag, 14. Dezember.** IV. Sinfonie-Konzert. Leitung: Ferdinand Wagner. Solist: Nikolai Orloff-Berlin (Klavier). Werke von O. Respighi, S. Rachmaninoff u. A. Scriabine. 7 1/2—9 1/2 Uhr (4,90).  
**Dienstag, 15. Dezember.** \* 11. Th.-Gem. II. S. G. Juarez und Maximilian. 7 1/2 bis nach 10 1/2 Uhr (5,20).  
b) Im Konzerthaus:  
**Sonntag, 6. Dezember.** \* Session Schiller. 7 1/2—9 1/2 Uhr (4,20).  
**Sonntag, 13. Dezember.** \* Session Schiller. 7 1/2—9 1/2 Uhr (4,20).  
In den Preisen sind das Programmheft und die Sozialabgabe inbegriffen.  
**Kartenverkauf:** Vorverkaufsstelle des Landestheaters, Fernspr. 6287. In der Stadt: Hauptverkaufsstelle Musikalienhandlung Frei Müller, Ecke Kaiser- u. Waldstr., Fernspr. 388 und Reisbüro Hermann Weyle, Kaiserstr. 141, Fernspr. 450. Weitere Verkaufsstellen: Zigarrenhandlung Brunnert, Kaiserallee 29, Fernspr. 4351; Kaufmann Karl Holzschub, Werderstr. 48, Fernspr. 503.

**Eintracht**  
C. 964 Sonntag, 6. Dezember, 8 Uhr  
Auf vielseitigen Wunsch  
**Wiederholung des Demonstrations-Vortrages**  
über die  
**Coué-Methode**  
bzw. über die bewußt angewandte  
**Selbstbemeisterung**  
auf allen Lebensgebieten (Gesundheitspflege, Erziehung, Berufstätigkeit, Lebensführung) durch  
**Jean Bonit**, den alleinigen beglaubigten Vertreter des Herrn Coué in Nancy  
Karten zu Mk. 1,50, 2,—, 3,— und 4,— bei  
**Kurt Neufeldt, Waldstr. 39**

**Die Bekämpfung der Maul- u. Klauenseuche.**  
Nachdem bei einem Rind des Karl Michael Hölzer, Karlsruhe-Ninheim, Hauptstr. 44, Maul- und Klauenseuche festgestellt worden ist, werden folgende Anordnungen getroffen:  
a) **Sperrbezirk:**  
Das verseuchte Gehöft bildet einen Sperrbezirk im Sinne der §§ 161—165 der Ausführungsvorschriften zum Reichsviehseuchengesetz mit den sich hieraus ergebenden Wirkungen.  
b) **Beobachtungsgebiet:**  
Der übrige Teil des Vorortes Ninheim wird mit den sich aus § 166 der Ausführungsvorschriften zum Reichsviehseuchengesetz ergebenden Wirkungen als Beobachtungsgebiet bestimmt.  
c) **15 Km. Umkreis:**  
Bezüglich des 15 Km. Umkreises verweisen wir auf die anlässlich des Ausbruchs der Maul- u. Klauenseuche im Stalle des Karl Waisch in Karlsruhe-Müppurr, Raftatterstr. 17, unterm 6. Nov. ds. Jrs. von uns getroffenen Anordnungen. D.-Z. 188 Karlsruhe, den 2. Dezember 1925.  
Bezirksamt Vol.-Direktion B.

**Bekanntmachung.**  
**Verkehr auf dem Schloßplatz betr.**  
Auf Grund des § 366 Abs. 1 Nr. 2 des St.-R.-G.-B. und nach erfolgter Vollziehbarkeitsklärung durch den Herrn Landeskommissar an Stelle des bisherigen § 48 der hiesigen Straßenpolizeiordnung folgende Bestimmung gesetzt:  
§ 43.  
Auf allen Teilen des Schloßplatzes, mit Ausnahme der vor den Ministerien hinstehenden Schloßplatzstraße und den beiden in der Verlängerung der Waldstraße und der Waldhornstraße gegen das Schloß ziehenden Zufahrtsstraßen, ist das Fahren mit Kraftfahrzeugen aller Art, mit Droschken, Fuhrwerken und Fahrrädern verboten.  
§ 43b.  
Zur Regelung der An- und Abfahrt von Kraftfahrzeugen und Droschken am Landestheater, kann die Polizeidirektion Ausnahmen von diesem Verbot zulassen.

Probefahrten mit Kraftfahrzeugen aller Art dürfen auch auf den vom Verbot ausgenommenen Straßen nicht vorgenommen werden.  
Die Vorschrift tritt sofort in Kraft. D.-Z. 163 Karlsruhe, den 2. Dezember 1925.  
Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion C.

**Gesuch der Firma K. Meh.**  
hier, um Erlaubnis zur Errichtung eines Kupolofenhauses in ihrem Anwesen in der Liststraße 5 betr.  
Die Firma Karl Meh hier hat um die Bau- und gewerbepolizeiliche Genehmigung zur Errichtung eines Kupolofenhauses in ihrem Anwesen, Liststr. 5 hier, nachgesucht. C. 641

Schwaige Einwendungen gegen das Unternehmen sind gemäß § 16 der bad. Vollzugs-Verordnung zur Gew.-Ordnung innerhalb 14 Tagen vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, schriftlich oder zu Protokoll beim Bezirksamt Karlsruhe, Zimmer 26, oder beim Stadtrat Karlsruhe, anzubringen, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als verfallen gelten.  
Pläne u. Beschreibungen des Unternehmens liegen auf dem Bezirksamt Karlsruhe, Zimmer 26, sowie beim Stadtrat hier zur Einsicht offen. D.-Z. 187 Karlsruhe, den 2. Dezember 1925.  
Bad. Bezirksamt III.

**Feststellung der Baufluchten am Gillingertor betr.**  
Der Stadtrat hier hat die Feststellung der Baufluchten im Gebiet des Gillingertorplatzes beantragt. Das Nähere ergibt sich aus dem Plan, der nebst Antragsverzeichnis 14 Tage lang vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an auf der Kanzlei des städt. Tiefbauamts zu jedermanns Einsicht aufliegt. Schwache Einwendungen gegen die beabsichtigte Anlage sind gemäß § 3 Ziffer 3 des Ortsstrahengesetzes vom 15. 10. 08 bei Ausschlußvermeidung während dieser Zeit beim städt. Tiefbauamt Karlsruhe geltend zu machen. D.-Z. 184 Karlsruhe, den 2. Dezember 1925.  
C. 639

**Abt. III.**  
**Leser Bücher**  
Wissen gibt Macht!  
**Detektiv-Institut**  
u. Privat-Auskunft  
**Argus** Mannheim  
O. 6. 6  
Planken  
Fernspr. 3505  
R. Maier & Co., G.m.b.H.

**Bürgerl. Rechtspflege**  
a. Streitige Gerichtsbarkeit.  
C. 629. Breiten. Über das Vermögen des Schulmachers Adam Saß von Breiten wurde heute am 2. Dezember 1925, vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.  
Der Kaufmann Carl Burger in Breiten ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 31. Dezember 1925 bei dem Gerichte anzumelden.  
C. 630. Offenburg. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Frau Magdalena Krühen, Kolonialwarenhandlerin in Offenburg, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.  
Offenburg, 2. Dez. 1925. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Es ist Termin anberaumt vor dem hiesigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf  
Dienstag, 5. Januar 1926, vormittags 11 Uhr.  
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzuerlegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befreiung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 31. Dezember 1925 Anzeige zu machen.  
Breiten, 2. Dezember 1925.  
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

**C. 631. Donauessingen.**  
Die Geschäftsaufsicht über die Firma Donau-Illern G. m. b. H. Donauessingen in Allmendshofen ist aufgehoben. Donauessingen, den 30. November 1925.  
Amtsgericht I.  
C. 636. Offenburg. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Frau Magdalena Krühen, Kolonialwarenhandlerin in Offenburg, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.  
Offenburg, 2. Dez. 1925. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

**C. 635. Offenburg.** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Albert Silberer in Offenburg wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.  
Offenburg, 2. Dez. 1925. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

C. 634. Karlsruhe. Über das Vermögen der Frau Badische Leinwandwerke A.-G. in Liquidation, Karlsruhe, Douglasstr. 24, wurde auf deren Antrag die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses angeordnet. Als Aufsichtsperson wurde Dipl.-Ing. Kaufmann Heinrich Utermühl, Lüdertrevier, Karlsruhe, Kaiserstraße 96, ernannt.  
Karlsruhe, 2. Dez. 1925.  
Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts A I.

**Stangenverfeigerung**  
des bad. Forstamts Mittelberg in Ettlingen am Dienstag, den 15. Dezember 1925, vormittags 9 Uhr, in der Mühle zu Margell aus dem Staatswaldungen District I, II, IV u. VI 3912 Paustangen, 763 Hagstangen u. Baumstämme, 9331 Hopfenstangen, 6425 Rebstöden u. 2110 Rohnensteden. Vorzeiger des Holztes: für District I Forstwart Kraß in Moosbrunn, für District II Oberforstwart Mühl, Mehlinswandorf, für District IV Oberforstwart Kunz, Schielberg und für District VI Forstwart Beiser, Langenalb. Losauszüge durch das Forstamt.  
C. 633.2.1

**Wasserleitungsarbeiten.**  
Die Gemeinde Alluhheim, Amt Mannheim, vergibt im öffentlichen Wettbewerb die Herstellung des Ortsnetzes ihrer Wasserleitungsanlage bestehend in:  
1. Ausführung von 4,5 km Rohrgräben,  
2. Liefern und Verlegen von 4,5 km aufgefärbten Röhren von 80 bis 175 mm Lichtweite einschließlich der Formstücke; ferner 2,5 km Hauszuleitungen mit Gerstellen der Rohrgräben und Liefern sowie Verlegen der 40 mm weiten aufgefärbten Röhren.  
Die Angebotsvorzude sind ab 5. Dezember ds. Jrs. beim Kulturbaumeister Heideberg, Treitschleier 6, gegen Entrichtung einer Kaution von 2.— M. erhältlich. Dasselbst liegen die Pläne und Bedingungen zur Einsicht auf.  
Die Angebote sind verschlossen, mit der Aufschrift „Wasserleitung“ bis zum Eröffnungstermin, Samstag, den 19. Dezember 1925, vormittags 10 Uhr, auf dem Rathaus in Alluhheim einzureichen.  
Bad. Kulturbaumeister Heideberg.

**Badisches Landestheater**  
Samstag, den 5. Dez. 1925.  
\* C 10. Th.-Gem. 201—300.  
Zum erstenmal:  
**Juarez und Maximilian**  
Dramat. Historie in 3 Akten, 12 Bildern und einem Epilog von Franz Werfel.  
In Szene gesetzt von Felix Raumbach.  
Personen:  
Maximilian  
Charlotte  
Sabastina  
Lares  
Lucyca  
Silvico  
Miramon  
Meja  
Marque  
Renbez  
Lopez  
Alasio  
Dr. Bafch  
Hersjed  
Pringessin  
Dr. Vitimet  
Kanonikus  
Kammerdiener  
Wimberger  
Haitpan  
Polyppermio  
Baque  
Pietron  
Diaz  
Escobedo  
Palacio  
Kincos-Gallardo  
Elyca  
Clarf  
Stadtvorwunder  
Anf. 7 Uhr. Ende u. 10 1/2 Uhr.  
Sperth 1 5,20 M.